Berichtsvorlage
J/002/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Jugendhilfeausschuss	26.02.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:
Unterhaltsvorschuss - finanzielle Unterstützung für Kinder, Jugendliche und alleinerziehende Elternteile

Anlagen:
4.1 Bericht

Bericht:
Der Unterhaltsvorschuss ist ein zentrales sozialpolitisches Instrument zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz von Kindern und Jugendlichen in Ein-Eltern-Familien und damit ein wesentlicher Beitrag zur Daseinsvorsorge und Armutsprävention. Die staatliche Leistung wurde 1980 eingeführt, um auf die steigende Zahl alleinerziehender Haushalte zu reagieren.

Die Arbeit der Unterhaltsvorschussstelle geht über die reine Auszahlung finanzieller Leistungen hinaus. In diesem Bericht wird die Unterhaltsvorschussleistung in ihrer Relevanz und die Ausführung durch die Verwaltung dargestellt.

Bezug zum Orientierungsrahmen für die Jugend-, Familien-, Senior*innen, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg:
Leitlinie 2: Familien stärken, Erziehung unterstützen
Leitlinie 3: Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Leistung steht allen berechtigten Kindern und Jugendlichen unabhängig v. Geschlecht, sex. Orientierung, Religion, Kultur o. Herkunftsland zu.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐